

URSPRÜNGLICHER ENTWURF  
DER RESOLUTION DES X. PARTEITAGS DER KPR  
ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI<sup>52</sup>

1. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Partei darauf, daß die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen, die Sicherung des vollen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer wirklich einmütigen Arbeit, die tatsächlich die Einheit des Willens der Avantgarde des Proletariats verkörpert, im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt, besonders notwendig sind.

2. Indessen sind schon vor der allgemeinen Parteidiskussion über die Gewerkschaften in der Partei einige Anzeichen von Fraktionsbildung festzustellen gewesen, d. h. die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen. Solche Anzeichen von Fraktionsbildung gab es beispielsweise auf einer der Parteikonferenzen in Moskau (im November 1920) und in Charkow sowohl bei der Gruppe der sog. „Arbeiteropposition“ als auch teilweise bei der Gruppe des sog. „demokratischen Zentralismus“.

Es ist notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter die Schädlichkeit und Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsbildung klar erkennen, die selbst dann, wenn die Vertreter der einzelnen Gruppen den besten Willen haben, die Parteieinheit zu wahren, in der Praxis unweigerlich dazu führt, daß die einmütige Arbeit geschwächt wird und daß die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranmachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Zerklüftung zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen.

Die Ausnutzung jeder Art Abweichung von der streng konsequenten

kommunistischen Linie durch die Feinde des Proletariats hat sich mit größter Anschaulichkeit an dem Beispiel der Kronstädter Meuterei gezeigt, als die bürgerliche Konterrevolution und die Weißgardisten in allen Ländern der Welt sofort ihre Bereitschaft bekundeten, sogar die Losungen einer Sowjetordnung aufzugreifen, um nur ja die Diktatur des Proletariats in Rußland zu Fall zu bringen, als die Sozialrevolutionäre und überhaupt die bürgerliche Konterrevolution sich in Kronstadt der Losungen des Aufstands angeblich im Namen der Sowjetmacht gegen die Sowjetregierung in Rußland bedienten. Solche Tatsachen beweisen vollauf, daß die Weißgardisten danach trachten und es verstehen, sich den Anstrich von Kommunisten zu geben, ja sogar von Kommunisten, die am weitesten links stehen, nur um das Bollwerk der proletarischen Revolution in Rußland zu schwächen und zu stürzen. Die menschewistische Flugblätter in Petrograd am Vorabend der Kronstädter Meuterei zeigen gleicherweise, wie die Menschewiki die Meinungsverschiedenheiten und einige Ansätze zur Fraktionsbildung innerhalb der KPR ausnutzten, um die Kronstädter Meuterer, die Sozialrevolutionäre und Weißgardisten, faktisch vorwärtszutreiben und zu unterstützen, wobei sie sich in Worten als Gegner von Aufständen und als Anhänger der Sowjetmacht, nur einer Sowjetmacht mit angeblich kleinen Korrekturen, ausgaben.

3. Die Propaganda in dieser Frage muß bestehen einerseits in der gründlichen Aufklärung über die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Fraktionsbildung vom Standpunkt der Parteieinheit und der Verwirklichung der Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats, als der Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats, anderseits in der Aufklärung über die Eigenart der neusten taktischen Manöver der Feinde der Sowjetmacht. Diese Feinde, die sich davon überzeugt haben, daß die Konterrevolution unter offen weißgardistischer Flagge hoffnungslos ist, machen jetzt alle Anstrengungen, um die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPR auszunutzen und die Konterrevolution auf diese oder jene Weise, durch Auslieferung der Macht an eine politische Schattierung, die äußerlich der Anerkennung der Sowjetmacht am nächsten kommt, zu fördern.

Die Propaganda muß auch die Erfahrungen früherer Revolutionen erläutern, in denen die Konterrevolution die der extremsten revolutionären Partei am nächsten stehende Opposition unterstützte, um die revolutio-

näre Diktatur zu erschüttern und zu stürzen und dadurch dem weiteren vollen Sieg der Konterrevolution, dem Sieg der Kapitalisten und Gutsbesitzer, den Weg zu bahnen.

4. Im praktischen Kampf gegen die Fraktionsbildung ist es notwendig, daß jede Parteiorganisation aufs strengste darauf achtet, daß keinerlei fraktionelle Vorstöße geduldet werden. Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, muß außerdem, was die Form der Kritik betrifft, Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und in bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis korrigiert werden. Jedwede Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrung, die Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse, das Studium der Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. dürfen auf keinen Fall vorher in Gruppen erörtert werden, die sich auf Grund irgendeiner „Plattform“ u. ä. bilden, sondern sind ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder zuzuleiten. Zu diesem Zweck verfügt der Parteitag, regelmäßiger den „Diskussionny Listok“<sup>53</sup> und besondere Sammelbände herauszugeben, wobei unermüdlich darauf hinzuwirken ist, daß die Kritik rein sachlich geführt wird und keinesfalls Formen annimmt, die den Klassenfeinden des Proletariats förderlich sein können.

5. Indem der Parteitag die Abweichung in der Richtung zum Syndikalismus und Anarchismus, die in einer besonderen Resolution analysiert wird, prinzipiell ablehnt und das Zentralkomitee beauftragt, jegliche Fraktionsbildung völlig auszumerzen, erklärt er gleichzeitig, daß hinsichtlich der Fragen, welche die besondere Aufmerksamkeit, z. B. der Gruppe der sogenannten „Arbeiteropposition“, auf sich gelenkt haben – Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung des Demokratismus und der Initiative der Arbeiter usw. –, alle wie immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen

Arbeit erprobt werden müssen. Die Partei muß wissen, daß wir in diesen Fragen nicht alle notwendigen Maßnahmen durchführen, weil wir auf eine ganze Reihe verschiedenartiger Hindernisse stoßen, und daß die Partei, bei rücksichtsloser Zurückweisung unsachlicher und fraktioneller Scheinkritik, nach wie vor unermüdlich, unter Erprobung neuer Methoden, mit allen Mitteln gegen den Bürokratismus, für die Erweiterung des Demokratismus, der Initiative, für die Aufdeckung, Entlarvung und Vertreibung der Leute, die sich in die Partei eingeschlichen haben, usw. kämpfen wird.

6. Der Parteitag erklärt daher ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben (wie die Gruppen der „Arbeiteropposition“, des „demokratischen Zentralismus“ usw.), für aufgelöst bzw. ordnet ihre sofortige Auflösung an. Die Nichtausführung dieses Parteitagsbeschlusses hat unbedingt und sofort den Ausschluß aus der Partei nach sich zu ziehen.

7. Um innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit strenge Disziplin herbeizuführen und die größte Einheit, bei Ausmerzung jeglicher Fraktionsbildung, zu erzielen, ermächtigt der Parteitag das Zentralkomitee, in Fällen von Disziplinbruch oder von Wiederaufleben oder Duldung der Fraktionsbildung alle Parteistrafen bis zum Ausschluß aus der Partei und gegenüber Mitgliedern des ZK deren Überführung in den Stand von Kandidaten des ZK, ja als äußerste Maßnahme sogar den Ausschluß aus der Partei, in Anwendung zu bringen. Die Anwendung dieser äußersten Maßnahme gegen Mitglieder des ZK, Kandidaten des ZK und Mitglieder der Kontrollkommission ist an die Bedingung geknüpft, daß ein Plenum des ZK einberufen wird, zu dem alle Kandidaten des ZK sowie alle Mitglieder der Kontrollkommission geladen werden. Erachtet diese gemeinsame Tagung der verantwortlichsten Leiter der Partei mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen die Überführung eines Mitglieds des ZK in den Stand eines Kandidaten des ZK oder den Ausschluß aus der Partei für notwendig, so muß diese Maßregel unverzüglich durchgeführt werden.

*Nach dem Manuskript.*